

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.
frei ins Haus geliefert; durch die Post im inlandsdeutschen
Verkehr M. 4.65 und 90 Pfg. Postbestellgeld.
Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Ausgabenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Austrägerin.

Druck und Verlag der W. v. d. Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Hack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 23.

Nr. 18

Freitag, 23. Januar 1920

Jahrgang 2

Landwirtschaftskammerwahlen.

1. Wer hat das Recht, zu wählen?

Als Landwirte sind wahlberechtigt die Eigentümer und Pächter landw. Grundstücke, die die Landwirtschaft in Hauptberuf ausüben oder sie im Nebenberuf auf Grundstücken mit einem Steuerkapital von mindestens 100 M. und einer Fläche von zusammen mehr als 4 Hektar betreiben. Dagegen besitzen Ehefrauen von Landwirten, auch wenn der Grundbesitz von beiden Ehemännern gemeinschaftlich bewirtschaftet wird, das Wahlrecht in den Fällen ihres Ehemanns in der Ausübung des Wahlrechts vertreten. Kinder von Landwirten sind in der Regel nicht wahlberechtigt; es wäre dies nur dann der Fall wenn ihre eigene Liegenschaft so viel Reinertrag erwirtschaftet, daß sie dem Eigentümer den selbständigen Lebensunterhalt im wesentlichen verschaffen könnte. Ferner sind wahlberechtigt die landwirtschaftlich im Hauptberuf tätigen Betriebsleiter (Verwalter, Gutsspektoren) von größeren Gütern und endlich die früheren Landwirte, die ihr Gut abgegeben haben (Aussidinger), wenn sie mindestens 15 Jahre lang in der Landwirtschaft tätig waren und, ohne einen anderen Hauptberuf zu ergreifen, am Ort, an dem sie die Landwirtschaft ausübten, ihren Wohnsitz haben. Sämtliche Wahlberechtigten können das Wahlrecht nur ausüben, wenn sie am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Als landw. Arbeiter sind wahlberechtigt die landwirtschaftlichen Dienstboten, Tagelöhner und sonstigen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die nicht bloß vorübergehend ihren Erwerb aus dem Ertrag landw. Lohnarbeit schöpfen, wenn sie am Wahltag wenigstens 20 Jahre alt sind. Landw. Tagelöhner, die zugleich eigenen oder gepachteten Grundbesitz bewirtschaften, sind als landw. Arbeiter wahlberechtigt, wenn die Verrichtung der Lohnarbeit in der Landwirtschaft den hauptsächlichsten Teil ihres Berufseinkommens bildet; gründet sich dagegen ihr Lebensunterhalt zum größten Teil auf den Ertrag der Bewirtschaftung der eigenen Grundstücke, so steht ihnen das Wahlrecht als selbständige Landwirte zu. Kinder von Landwirten, die mit den Eltern in häuslicher Gemeinschaft leben, mit ihnen zusammen das elterliche Anwesen bewirtschaften und im Hause der Eltern ihren Unterhalt haben, sind als landw. Arbeiter nur wahlberechtigt, wenn sie neben dem freien Unterhalt Lohn beziehen und der reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unterliegen.

2. Wer ist wählbar?

Als Landwirte sind wählbar alle wahlberechtigten Landwirte — Männer und Frauen —, die die Landwirtschaft in Hauptberuf oder Nebenberuf als Eigentümer oder Pächter landw. Grundstücke ausüben oder ausüben haben, die jetzigen und früheren Betriebsleiter großer Güter, Vorstandsmitglieder landw. Vereinigungen oder Genossenschaften, wenn sie mindestens 3 Jahre lang als solche tätig waren, jetzige und frühere Beamte staatlicher landw. Anstalten, sowie die von der Regierung angestellten jetzigen und früheren landw. Sachverständigen.

Als landw. Arbeiter sind wählbar alle landw. Arbeiter und Dienstboten männlichen und weiblichen Geschlechts, die das Wahlrecht besitzen.

4. Wieviele Mitglieder

werden von den Landwirten und den landw. Arbeitern in die Landwirtschaftskammer gewählt?

Die Landwirte wählen im ganzen 48, die landw. Arbeiter im ganzen 12 Mitglieder, und zwar je in besonderen Wahlgängen. Die Wahlen gelten für einen Zeitraum von 6 Jahren.

4. Die Wahlbezirke.

Das Land ist in vier Wahlbezirke eingeteilt.

Von den Landwirten werden im Wahlbezirk I: 3, Wahlbezirk II: 11, Wahlbezirk III: 12, Wahlbezirk V: 12 und von den landw. Arbeitern in jeden der vier Wahlbezirke 3 Mitglieder gewählt.

5. Das Wahlverfahren.

Die Wahlen der Landwirte und der landw. Arbeiter erfolgen im Weg der Verhältniswahl. Abstimmungsbezirk ist jede Gemeinde, in zusammengefaßten Gemeinden die Gesamtgemeinde. Es ist eine Wahlgang-

zettel wird eine Wählerliste angelegt, die die Namen der wahlberechtigten Landwirte und landw. Arbeiter je in einer besonderen Abteilung enthält. Die Wahlvorschläge werden von Wählervereinigungen, die aus wenigstens 20 Wahlberechtigten bestehen müssen, je getrennt für Landwirte und landw. Arbeiter und für die einzelnen Wahlbezirke bei der gemeinsamen Landeswahlkommission in Stuttgart (Zentralstelle für die Landwirtschaft) eingereicht.

6. Wie wird abgestimmt?

Wähler, deren Namen nicht in die Wählerliste eingetragen sind, werden von der Wahl zurückgewiesen. Ehefrauen, die in Vertretung ihres Ehemanns das Wahlrecht als Landwirte ausüben, haben sich darüber auszuweisen, daß sie zur Ausübung des Wahlrechts befähigt sind.

Die Abstimmung dauert ununterbrochen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

Die Wahl wird durch Stimmzettel vorgenommen. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen ein äußeres Zeichen haben.

Der Wähler muß sich bei der Abstimmung für einen der im Wahlbezirk aufgestellten und für gültig erklärten Wahlvorschläge entscheiden. Er darf auf seinen Stimmzettel weder Namen von solchen Personen setzen, die auf seinem Wahlvorschlag, noch daß ein Stimmzettel Namen von Personen aus zwei oder mehreren Wahlvorschlägen enthält. Dagegen kann der Wähler den von ihm Gewählten durch Wiederholung des Namens oder Beilegung von Zahlzeichen bis zu drei Stimmen geben (Stimmenhäufung). Er kann z. B. einen Bewerber mit dem Namen Georg Kraft dreimal hintereinander auf seinen Stimmzettel schreiben oder hinter dem Namen Georg Kraft eben: dreimal.

Auf den Stimmzetteln der Landwirte dürfen im Wahlbezirk I: nicht mehr als 13, Wahlbezirk II: nicht mehr als 11, Wahlbezirk III: nicht mehr als 12, Wahlbezirk IV: nicht mehr als 12 und auf den Stimmzetteln der landw. Arbeiter in allen Wahlbezirken nicht mehr als drei Bewerber enthalten sein. Enthält der Wahlvorschlag, für den sich der Wähler entschieden hat, mehr Namen, so streicht er von den auf dem Wahlvorschlag stehenden Namen so viele, daß nur noch die zulässige Anzahl von Bewerbern auf dem Stimmzettel steht.

Der Wähler betritt mit seinem Stimmzettel versehen den Wahlraum und nimmt zunächst den dort bereitgestellten Wahlumschlag in Empfang. Die Umschläge sind für abstimmende Landwirte aus braunem, für abstimmende landw. Arbeiter aus blauem Papier hergestellt.

Nach Empfang des Umschlages tritt der Wähler an den im Wahlraum aufgestellten abgetrennten Tisch bzw. in den neben dem Wahlraum bereitgestellten Nebenraum und legt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag. Der Umschlag darf nicht verschlossen werden.

Hierauf begibt sich der Wähler an den Wahlstisch, an dem der Wahlausschuss Platz genommen hat und auf dem die Wahlurne steht, nennt seinen Namen und legt, sobald dieser in der Wählerliste festgesetzt ist, den Umschlag selbst in die Wahlurne.

Neues vom Tage.

Verzögerung der Abreise Mayers.

Paris, 22. Jan. Die deutsche Regierung ersuchte durch Vermittlung der schweizerischen Regierung die französische Regierung, die Ernennung des bisherigen Abgeordneten Mayer-Kaufmann zum Geschäftsträger in Paris zu genehmigen. Die Genehmigung wurde erteilt.

Dr. Mayer hätte am Mittwoch morgen in Paris eintraffen sollen, infolge verspäteter Verständigung mit der französischen Regierung wurde die Genehmigung der französischen Regierung aber erst abends erteilt. Mayer mußte daher die Reise von Berlin verschieben; seine Sekretäre sind Mittwoch morgen in Paris eingetroffen.

Das Auslieferungsbegehren.

Berlin, 22. Jan. Die Blätter berichten, die Alliierten haben an Holland eine zweite Note gerichtet und angezeigt, daß der Antrag zur Aburteilung des Kaisers Englands übertragen worden sei. Die Alliierten werden die deutsche Regierung auffordern, das Auslieferungsbegehren bei Holland zu unterstützen.

Der holländische Justizminister weisete am Dienstag in Amsterdam den Kaiser hat gegen seine Verhaftung

christlichen Einspruch erhoben. — Die Pariser Blätter meinen, die Alliierten werden die Verurteilung des Kaisers auch in Deutschland durchsetzen können, da ihnen genügend Zwangsmittel zur Verfügung stehen.

Nach dem Londoner „Globe“ ist es namentlich Lloyd George, der den Kaiser vor das Gericht bringen will, andere maßgebende Persönlichkeiten seien dagegen. „Morning Post“ schreibt, es könne nicht bewiesen werden, daß der Kaiser das Abkommen der Haager Friedenskonferenz (1899) verletzt habe, und einen Gerichtshof aus Feinden könne man nicht gutheissen. „Daily Mail“ Northcliffes schreibt, der Kaiser werde auf einem britischen Kriegsschiff nach London gebracht werden.

Die Räumung.

Berlin, 22. Jan. Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet aus Moskau: Die Entente-Kommission unter Führung eines französischen Obersten fordert die Räumung von Minsk (Polen), was nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 11. Januar unter deutscher Besatzung verbleiben sollte. Die Kommission droht bei Nichterfüllung ihrer Forderung mit gewalttätiger Besetzung, während sie dort zum Schutze verblichenen Reichswehrtruppen entschlossen sind, die Stadt unbedingt zu verteidigen.

Zeitungsverbot.

Kassel, 22. Jan. Die „Volksstimme“ in Schmalkalden und das „Gothaer Volksblatt“ sind wegen aufreizender Artikel auf 14 Tage verboten worden. Das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Südwestdeutschlands „Die Volkswacht“ auf 10 Tage.

Der Kommunistenführer Dr. Levi, der zu dem Aufbruch in Berlin gehetzt haben soll, ist in Bremen verhaftet worden.

Die Beschwerde der Zeitungsverleger.

Berlin, 22. Jan. Eine Abordnung des Vereins deutscher Zeitungsverleger erhob gestern im Reichskanzleramt Beschwerde gegen die Verbote der Zeitungen und die gegenwärtig dabei beobachtete Handhabung. Die Verleger verlangten, daß eine Zeitung, wofür dies überhaupt nicht nötig erachtet werden sollte, nur auf bestimmte Zeit und unter Angabe der Gründe am Erscheinen verhindert werden könne.

Der Reichskanzler und der Reichswehrminister erw. die Regierung könne bei dem Ernst der Lage auf ein Zeitungsverbot nicht verzichten. Dagegen sei sie bereit, dem Verbot jeweils eine Begründung einzufügen. Ob das Verbot befristet werden könne, müsse noch erwogen werden. Es soll aber eine Berichtigung ausgearbeitet werden, daß ein Ausschluß der Nationalversammlung als Beschwerdeinstanz eingeleitet werde.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Erster Zeuge im Prozeß ist der Reichsfinanzminister selbst und hat als solcher nunmehr den Zeugniseid zu leisten. Er soll sich zur Autorität der Artikel äußern, die in der „Deutschen Allg. Zeitung“ unter dem Aufsatz „Von besonderer Seite wird uns geschrieben“ erschienen sind und die Angriffe Helfferichs gegen Erzberger behandeln. Der Verfasser jener Artikel sei einer seiner Ministerialbeamten, die Anreizung zu der Erwiderung sei von diesem ausgegangen, doch habe er selbst wohl von allen Kenntnis gehabt. Geh. Rat Duisberg, Generaldirektor bei Thyssen, gibt Auskunft über die Pläne, die bestanden, um dem Deutschen Reich die Erz-Lager des Beckens von Dongwuh und Brie zu verschaffen. Es bestand ein Plan, diese Erzgebiete gegen einen Teil der Ost- oder Ost-Lothringens einzutauschen.

Berlin, 22. Jan. Aus Wien wird dem „Berliner Volksanzeiger“ mitgeteilt, daß die österreichische Regierung die in Karsten internierten ungarischen Kommunisten, mit Ausnahme von 12, darunter Bela Kun, freigelassen hat.

Berlin, 22. Jan. Der „Vorwärts“ fordert die Mehrheitssozialisten im rheinischen Industriegebiet auf, gegen die Antriebe der Unabhängigen und Kommunisten für den Generalkrieg sich nicht mehr auf die Abwehr zu beschränken, sondern zum Angriff überzugehen, sonst könnte das ganze Wirtschaftsleben in Gefahr kommen.

Hamburg, 22. Jan. Bei den Hamburger Großwerften und anderen Industrien sind wegen Kohlenmangels bedeutende Entlassungen von Arbeitern gemeldet worden.

Synthetischer Spiritus.

Kaum ist ein Gesetz über das Branntweinmonopol in Kraft getreten und schon soll es wieder abgeändert werden. Die Gewinnung von Spiritus nach neuen Methoden, besonders die Erzeugung von „synthetischem“ Spiritus II über die im Monopolgezetz nach langwierigen Verhandlungen im Kompromißweg festgesetzte Grenze hinaus fördert werden. Die Kartoffelknappheit sei der Grund u die nicht gewöhnliche Aufhebung eines eben erst erlassenen Gesetzes. Aus einem Artikel der „Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaften“, der diesen Gegenstand behandelt, entnehmen wir folgende Feststellungen:

Für das laufende Betriebsjahr schätzt die Branntweinmonopolverwaltung die Erzeugung von Spiritus in 11 Holzöfen-Anlagen auf ganze 6000 Hektol. Die Wirtschaftlichkeit dieser Herstellungsart erhellet aus der Tatsache, daß sie einen Reichszuschuß von 2350 000 M., also von 470 M. für jedes Hektoliter, erfordert, während an die Erzeuger für Kartoffelspiritus 180 M. gezahlt werden.

Aus Ablaugen der Zellstoffgewinnung können höchstens 50 000 Hektol. Branntwein hergestellt werden, größere Mengen sind demnach nur aus Kalziumkarbid — aus Kohle und Kalkstein — zu erzeugen, um den gesamten Spiritusbedarf, der vor dem Krieg 3 1/2 Millionen Hektoliter erreichte, zu decken.

Die praktische Durchführbarkeit dieses Verfahrens ist noch nicht erprobt, die einzige große Anlage in Lonza in der Schweiz, die diese Fabrikation aufgenommen hat, befindet sich noch in ihrem ersten Betriebsjahr. Sie arbeitet mit großer Wasserkraft, ihre etwaigen Erfolge würden sich also nicht verallgemeinern lassen. Das Reich hat während des Kriegs unter Anwendung vieler Millionen Mark Karbidwerke zur Stickstoffherstellung errichtet und will diese durch Spirituserzeugung rentabel gestalten, — bei dem Stickstoffunger der deutschen Landwirtschaft wohl eine überträgliche Vorsicht. Die Annahme, daß auch die Umwandlung von Kalziumkarbid in Spiritus kartoffeln erspart werden, widerlegt bündig eine von der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ zitierte Äußerung des Begründers der deutschen Karbid- und Kalkstickstoffindustrie, Prof. Caro:

„Ich glaube nicht, daß die Notwendigkeit besteht, neue wirtschaftliche Verwendungsmöglichkeiten für das Karbid zu suchen. Die Erzeugung von Spiritus und Essig aus Karbid bedeutet jedenfalls eine Verschwendung, denn die indirekte Erzeugung durch Kartoffeln liefert viermal soviel Spiritus als die direkte Erzeugung aus Karbid; alles Reden über Kartoffelmord und Vergeudung von Nahrungsmitteln sollte deshalb beiseite gelassen werden.“

In Übereinstimmung mit diesen Ausführungen hat Dr. Fols vom Institut für Gärungsgeologie auf Grund seiner Beratungen des Monopolgeetzes vorgelegten amtlichen Materials festgestellt, daß eine Tonne Karbid einerseits 625 Liter Spiritus liefert, andererseits aber nach seiner Umwandlung in Kalkstickstoff und dessen Verwendung als Dünger in der Landwirtschaft einen Mehrertrag von 100 Hektol. Kartoffeln, von denen ein Viertel in der Brennerei verarbeitet, ebenfalls 625 Liter Spiritus und noch die Tagesration Schlempe an 180 Ochsen gibt. Es bleiben dann noch 375 Hektol. Kartoffeln für die menschliche Ernährung frei; weder für diese noch für die erzeugte Schlempe, deren Bedeutung für die Fütterung von Milch, Fett und Fleisch und ferner animalischen Düngern ja bekannt ist, liefert die Karbidspiritusbrennerei ähnliches.

Die Unwirtschaftlichkeit der Karbidspiritusfabrikation geht aber auch aus dem gewaltigen Kohlenverbrauch dieses Fabrikationszweigs hervor. Wie hoch berechnet wird, werden zu der Herstellung von 1 Hektol. Spiritus in der Kartoffelbrennerei etwa 2 Hektol. Kohlen verbraucht (fest bei

er schlechten Kohlenbeigefügtheit um ein Drittel mehr), in der Karbidspiritusfabrikation aber die acht- bis neunfache Menge, da man die erforderliche elektrische Energie in Deutschland durch Verbrennen von Kohle erzeugen muß; bei den heutigen Kohlenverhältnissen und den ungeheuren Kohlenpreisen — 1 Hektol. Karbidspiritus erfordert heute ungefähr 150 M. allein schon für die dazu verwendete Kohle, der hektoliter Karbidspiritus wird von der Monopolverwaltung mit 180 M. bezahlt — ein in Unvergleichlichkeit der Karbidfabrikation ohne weiteres erweisender Faktor.

Nicht in der Verwendung von Karbid zur Spirituserzeugung, sondern in seiner Verwendung als Kalkstickstoff und damit in der Verwendung als Düngemittel liegt daher der Weg, der zur vorwärtigen Verwertung unserer Karbidwerke eingeschlagen werden muß.

Dieser Weg führt auch zu der so sehr notwendigen Wiedererhöhung unserer Kartoffelerträge, die in ganz erheblichem Maße eine Düngerfrage ist. Kräftige Düngung erhöht nicht nur den Ansoffenanfall, sondern ist zugleich das beste Mittel, um die Kartoffelpflanzen widerstandsfähig zu machen gegen Krankheiten aller Art, besonders gegen solche, die ein frühzeitiges Absterben des Krauts und dementsprechend eine Verkümmern des Ansoffenanfalls zur Folge haben. Wir sind bei sachgemäßer Bewirtschaftung unserer Kartoffelfelder durchaus imstande, auch von dem uns nach der Abtretung verbleibenden Boden die Kartoffelernten, die wir vor dem Krieg gemacht haben — 40—50 Millionen Tonnen — zu gewinnen, aber wir brauchen dazu fünfzigtausend Tonne in noch ganz anderem Ausmaß als vor dem Krieg. Dies bietet sich also ein weites und dankbares Feld für die Verdrängung Karbidwerke.

Tatsache, daß bei den so zu erzielenden Kartoffelernten die für die volle Beschäftigung unserer Kartoffelwerke benötigten Karbidmengen, etwa 2—2 1/2 Millionen Tonnen erforderlich sind und die Spezialerzeugung der Bevölkerung wesentlich verbessert wird, ist bei der Finanzlage des Reichs Grund genug für wirtschaftliche und unpolitische Wagnisse zu unterlassen.

Neuwahlen.

Berlin, 21. Jan. Eine Versammlung der Landesvorstände der Deutschnationalen Volkspartei erklärte es für gesetz- und verfassungswidrig, daß die Nationalversammlung weiterhin Gesetze beschließen, da sie dazu von den Wählern keinen Auftrag mehr habe. Das Wort Erzbergers auf dem Zentrumsparteitag, daß die Neuwahlen „noch im Jahr 1920“ stattfinden werden, erregte Beunruhigung. Das neue Wahlgesetz solle schnellstmöglich vorgelegt werden.

Der Eisenbahnerstreik.

Düsseldorf, 21. Jan. Der Militärbesetzer hat eine Verordnung erlassen, in der jede gewalttätige Behinderung an der Arbeit strengstens verboten wird.

Leipzig, 21. Jan. In den Eisenbahnerstreik Leipzig-Engelsburg ist nach fünfzigtägiger Dauer des Streiks, an dem 2000 Arbeiter beteiligt waren, gestern die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Rom, 21. Jan. Der Eisenbahnerstreik hat sich jetzt noch keine einschneidenden Veränderungen im Verkehr nötig gemacht mit Ausnahme von Turin. Die Truppen versehen den Dienst.

Die Räumung.

London, 21. Jan. Die „Times“ berichtet aus Warschau Einzelheiten über die Einäscherung einer Kaserne und anderer militärischer Anlagen in Thorn, deren Zerstörung den deutschen Truppen zur Last gelegt wird.

Hadersleben, 21. Jan. Gestern nachmittags zogen 250 Mann französischer Truppen in Hadersleben (Schleswig) ein.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 21. Jan. Die „Rheinische Volkszeitung“ meldet, daß der Polizeipräsident von Wiesbaden, Dr. Thon, und vier Polizeikommissare verhaftet und in das Mainzer Gefängnis gebracht worden seien.

Mainz, 21. Jan. Die Gemeindeverwaltungen im Rheinland sollen verpflichtet werden, den amtlichen Schriftverkehr mit den Befehlshaberbehörden ausschließlich in französischer Sprache zu führen. In den höheren Schulen soll die französische Sprache den Vorrang haben, und auf Eisenbahnen, bei der Post, in den Straßenbahnen, sowie im ganzen Verkehrsweesen sollen neben den deutschen französische Aufschriften angebracht sein.

Das Auslieferungsbegehren.

Amsterdam, 21. Jan. Wie die holländische Regierung dem Verlangen der Entente nach Auslieferung des Kaisers nicht stattzugeben. Das Verlangen sei nicht auf „Erwägungen der Menschenrechte“, sondern auf das zurechtzuführen und der Prozess würde auf Jahre hinaus auf die Menschheit verwerfliche Wirkungen ausüben. Von der Auslieferung des Kronprinzen könne überhaupt keine Rede sein.

London, 21. Jan. „Daily Chronicle“ erfährt aus diplomatischer Quelle, Holland werde dem Kaiser nicht ausliefern. Wahrscheinlich werde seine Bewegungsfreiheit mehr eingeschränkt werden, um den Verbündeten entgegenzukommen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 21. Jan. Nach einer bolschewistischen Meldung sollen die ukrainischen Truppen Petjaras die von ihnen besetzte gebirgige Stadt Kowograd in Bessarabien in Brand gesteckt haben, als die polnischen Truppen heranrückten.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 21. Jan. Clemenceau verabschiedete sich gestern vom Obersten Rat, wobei ihm die Vertreter der Verbündeten den Dank aussprachen.

Clemenceau soll als Nationalbelohnung 1 Million Franken und die Kriegsmedaille erhalten.

Gestern nachmittag hatte Clemenceau mit Nitti vor dessen Abreise nach Rom eine längere Unterredung, darauf besprach er sich mit Lloyd George, der abends nach London abreiste.

Raymond Fosdick hat das Amt des Generalsekretärs des Völkerbunds niedergelegt wegen der Schwierigkeiten, die das zögernde Verhalten der Vereinigten Staaten verursacht.

Paris, 21. Jan. Eine große Anzahl Agenten des Verbands in Deutschland ist beauftragt worden, die ihnen übergebenen Abzüge der Anklageschrift gegen die auszuliefernden Personen auf jede Weise in Deutschland zu verbreiten. Dadurch will der Verband versuchen, in den Augen des deutschen Volks die auszuliefernden Personen als Verbrecher zu stempeln, die ihrer Strafe nicht entgehen dürften und deshalb auszuweichen seien. Da voranzukommen ist, daß der größte Teil der deutschen Presse dem Wunsch des Verbands nicht entsprechen wird, so ist die Anklageschrift gleichzeitig in die deutsche Sprache übersetzt und über eine Million Exemplare gedruckt, die im besetzten Gebiet, Ost- und Westpreußen und ebenso im unbesetzten Deutschland verbreitet werden sollen.

Schmung Devaleras in Newyork.

Rotterdam, 21. Jan. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, ist der irische Führer Devalera im Rathaus von Newyork zum Ehrenbürger der Stadt Newyork gemacht worden. Der Bürgermeister nannte Devalera den Präsidenten der irischen Republik. Devalera dankte im Namen des schwergeprüften irischen Volks.

Ekkehard.

Von Viktor Scherffel.

Venezia hatte viele Gemahline von delikateren Dingen geordnet und schickte sie der Herzogin.

Soll ich für den jungen Verkaufler auch ein Käselein beifügen? fragte sie.

Aber Du hast doch mit meinerer Stimme: Ich bitte Euch, verschonet mich. Denn wenn meine Lehrer in Conft Gallen erfahren möchten, daß ich nicht wiederum an unruhigen Mägen ergriffen, so würde ich gestraft wie damals, als wir auf Komedia Wagnerhude die Geschichte vom alten Hildebrand und seinem Sohn Sabudand aufführten. Der Wächter hat immer seine Freude dran gehabt und hat uns selber die hölzernen Köpfe geschickt und die langen dreieckigen Schilde; ich bin der Sohn Sabudand gewesen und mein Mitspieler Koffer machte den alten Hildebrand, weil er eine so große Hinterlippe hat wie ein alter Mann. Und wir sind aufwärts eingestiegen, daß eine Staubwolke zu des Komedia Dichter hinaufwirbelte; just hatte Koffer den Kramling losgelassen und wie als Gabe gereicht, wie das Vieh es vorstreckt, und ich sprach zu ihm:

Du schenkst mir, alter Deane, hoch allzuschlau; laßest mich mit deinen Worten, willst mich mit deinem Speere werfen; bist du so zum Alter gekommen, daß du immer trogest mir kindlichen Beschwärzende weißlich über den Wendelstein; hinweg nahm ihn der Krieg, ist ist Hildebrand, Heribands Erzeugter!

Da kam Herr Malat, unser Lehrer der Rhetorica, herausgeschlichen und fuhr mit seiner großen Mute so grimmig zwischen uns, daß Kopf und Schild und Schwert den Händen entfielen; den Komedia schalt er einen altväterlichen Väterhüter, der uns von nützlichen Studium ablenkte, und mein Kamerad Koffer und ich sind drei Tage bei Wasser und Brot eingesperrt gewesen und haben zur Strafe fürs Hildebrandspiel jeder hundertundfünfzig lateinische Hexameter zu Ehren des heiligen Othmar anfertigen müssen.

Die Herzogin lächelte. Da sei Gott für, daß wir dich wiederum zu solcher Güte verleiten, sprach sie.

Sie sah die Salme in der Rechten zusammen und schickte sie anmutig den andern zum Rücken. Ekkehards Augen lasteten unverändert auf der Rose am Stirnband, wie er vor sie trat. Sie mußte ihn zweimal aufordern, bis er zog.

Wod und Brand und Wellendel wollte Herr Spazzo herausfahren; er hatte den längsten Salm getroffen. Aber er wollte, daß keine Kunde ihn loswinden könne, und schaute betrüblich über die Heile Felssand hinunter ins Tal, als ob sich von dort ein Ausweg anstun müße. Venezias hatte die Rute gekümmert und spielte ein Psalium, das lang lieblich zum Klausen der alten Aarnwipfel.

Infer Herr Krammer hat keine Strafen zu fürchten wie der Klosterzögling, wenn er und etwas Schönes bringt, sprach die Herzogin.

Da neigte sich Herr Spazzo vorwärts, hielte sein Schwert mit dem breiten Griff vor sich, so daß er seine Arme drauf kommen konnte, trug seinen Bart und hub an:

Wiewohl ich an alten Geschichten keine absonderliche Freude gewonnen und es lieber höre, wenn zwei Schwertler aufeinander treten oder ein Dämon und volle Raß geschlagen wird, so habe ich doch einmal eine schöne Mäz ausgelesen. Mühte dereinst in jungen Tagen ins Welschland hinunter reiten, da ging ein Weg durchs Tal und über den Reckenberg, und war ein rauher steiniger Saumpfad, der über Klust und Gersle zog, also daß mein Kopf ein Dufelien einblühte. Und war Abends geworden, so kam ich an ein Dorflein, heißt Gochenhof oder Gloggenhofen, so aus den Zeiten Herrn Dietrichs von Bern dort inmitten aller Hirschwälder wie im Reich steht. An den Kluden des Berges gelebt war zu jenerzeit ein burgundisch Haus, davor lagen viel Eisenkladen und bewohnte ein Feuer drinnen und ward stark geschmiedet. Da rief ich den Schmied herfür, daß er mein Raß bestrege, und wie ich niemand rührte, tat ich einen Ranzentoch nach der Tür, daß sie herweit aufsprang, und tat dazu einen starken Wuch mit Wod und Brand und allem Bösen; so stand plötzlich ein Mann vor mir mit zottigen Haar und schwarzem Schurzfell, und war ich sein kaum anständig, so war auch schon meine Ranz niedererschlagen, daß sie geschüttelte wie sprödes Glas, und eine Eisenklade über meinem Haupt geschwungen, und an des Mannes nächsten Armen hingen seine Ketten, als könnte er einen Ambos stangehen klaffen tief in die Erde hineinschmettern.

Da bräunte ich, unter solchen Umständen möchte ein löstlich Wort nicht vom Hebel sein, und sprach daher: Ich wollte Euch nur um die Schwagheit eruchen, daß Ihr mein Raß bestreget. Drauf wuch der Schmied seine Stange in den Erdboden und sprach: Das laßt anders und schaffst Euch Rat. Aber Grobheit gilt nichts bei Welschs Schmiede, das magt Ihr in Eurer Heimat weiter sagen.

Er bestieg mein Raß und ich sah, daß er ein ehrenwörter Schmied war, und ward ihm gut befreundet und ließ das Raßlein in seinem Stall stehen und blieb bei ihm in der Nacht überdauern. Und wir tranken scharf bis in die Nacht hinein, der Wein ließ Zerlöner und er schenkte ihn aus einem Schlauche. In wäherndem Reinken besrug ich den ruhigen Wäherer um Gelegenheit und Namen seiner Schmiede. Da lachte er hell auf und erzählte die Geschichte vom Schmied Weland. Fein war sie nicht, aber schön.

Herr Spazzo hielte eine Weile an und warf einen Witz auf den Tisch, wie einer, der sich nach einem Trank Weines umschau, trostene Lippen zu freudigen. Aber es war keine zur Hand und man verstand den Witz nicht. Da fuhr er fort:

Hoher der Weland gekommen, sprach der Mann von Gochenhof damals zu mir, ich wieslands nicht bekannt. Sie sagen, in nordischen Meeren, im Land Schonen sei der Riese Wabe sein Vater gewesen, seine Großmutter aber eine Meerfrau, die kam aus der Aelse, wie er geboren ward, und sah eine lange Nacht auf der Klippe und herfür: jung Weland muß ein Schmied werden! Da brachte Wabe den Jungen zu Wimer, dem Schmiedesberghändiger, der hockte im dunkeln Tann zwanzig Weisen hinter Toledo und lehrte ihn viel mannigfache Kunst. Wie er, obald sein erles Schwert schmiedet, hielte ihn Wimer selber weiter ziehen, auf

Daß er die letzte Weiserhaft bei den Zwergen erlange. Und Weland ging zu den Zwergen und gewann viel Ruhm.

Da brachen die Wiesen ins Zwergeland, daß Weland weichen mußte, und blieb ihm nichts als sein breites Schwert Rimmung, das schnallte er über den Rücken und kam ins Land Tirol. Zwischen Eisack, Gisch und Inn aber sah dagumal König Uderich, der nahm den Weland freundlich auf und wies ihm die Waldschmiede zu am Brenner, und Eisen und Erz und was sonst in des Gebirges zu Boden verborgen ruht, sollte all des Weland sein.

Und dem Weland ward es wohl und fröhlich ums Herz in den Tiroler Bergen; die Wildwasser rauschten zu ihm heran und trieben das Radwerk, der Sturm blies ihm das Herdfeuer an und die Sterne sprachen: wir müssen und anstrengen, sonst glängen die Funken, die Weland schlägt, heller denn wir.

So gehieh Welands Arbeit wohl. Schildbrand und Schwert, Wesser und Vokal und was an Kleinod eines Königs Hofburg zielt, wuch der Sinnige, und war kein Schmied, so weit die Sonne auf Abendhimmel glänzt, sich mit Weland zu messen. Eiderich aber hatte viel böse Feinde, die einten sich und setzten den einwäheren Amilas zu ihrem Führer und brachen ins Land ein. Und Uderich trug großes Herzeleid und sprach: Wer mir des Amilas Haupt brächte, mein einzig Töchterlein soll ich dasste lassen als Ehegemaht! Da schickte Weland sich Schwertfeuer, schnallte sein breites Schwert Rimmung um sich zog aus gegen Uderichs Widersacher. Und das Schwert war so scharf und schlug dem Amilas das Haupt ab, daß aller Feind über Raß und Klauen heimlich, Weland aber brachte seinem König das Haupt. Da sprach der zürnende: Was ich von meiner Tochter angebetet, daß hat der Wund bewiehet: ein Schmied kann nicht mein Sohn sein, des würden meine Hände ruhig, wenn er den Wuch mir bieten wollte. Aber als Lohn sollst du drei Goldpfennige haben, dafür kann ein Mann turnieren und steden, zelgen und langen, gieren und pflanzen und eine Dirne sich laufen am Markt. Weland wart ihm die drei Goldpfennige vor die Füße, daß sie unter den Thron rollten, und wandte sich aus dem Lande zu gehen. Der König aber wollte den Schmied nicht lassen, darum ließ er ihn niederwerfen und die Sehnen am Fuß durchschneiden, daß er hüftend ward und ungemut und des Klitters besprechen mußte.

Und Weland schleppte sich traurig in die Waldschmiede heim und zündete das Feuer wieder an, aber er pfiff und sang nimmer, wenn er mit schwerem Hammer das Eisen schlug, und sein Gemut ward marimutig. Da kam einmahl des Königs Sohn, der war ein tollwäheriger Knab und war allein in den Wald gezogen, sprach: Weland, ich will dir zuschauen. Da sprach der Schmied: Stell dich an den Ambos, so schauft du alles auf besten, — und zog die glühende Eisenklade aus den Flammen und stieß sie dem Königsknaben durchs Herz. Sein Gebein bleichte er und zog ihn die Knochen viel Erz und Silber, daß sie zu Säulen der Klauier wurden, um den Schädel aber fügte er einen Goldrand, da ward der Schädel zum Becher. All dies aber sandte Weland dem Uderich, und wie die Woten geritten kamen und nach dem Knaben fragten, sprach er: Ich sah ihn nimmer, er ist zu Wald



„Sinologisches Institut“. An der Universität Heidelberg ist ein Sinologisches Institut, d. h. ein Lehrstuhl für Ostasiatische Studien errichtet worden, für die bisher Lehrstühle nur in Berlin, Leipzig und Hamburg bestanden. Der Hauptwert soll auf die chinesische Schrift- und Umgangssprache und die Kenntnis der chinesischen Verhältnisse und der Geschichte des Landes gelegt werden, da China und Ostasien mehr noch als bisher als ein ausichtsreiches Feld für deutsche Betätigung zu betrachten sein dürfte. Außer dem Chinesischen werden auch andere altasiatische Sprachen Lehrgegenstand sein. Der Lehrstuhl ist dem Privatdozenten Dr. F. A. Krause übertragen, der bis vor kurzem aktiver Offizier war und als Major aus dem Heer ausgeschieden ist.

Meuterei. Im Staatsgefängnis in Pättringhausen (Abteipr.) brach eine Meuterei aus. Die Verbrecher wurden aber überwältigt.

Un der Grippe sind nach englischen Blättern in Japan 90000 Personen erkrankt.

Der Parteitag des Zentrums.

Berlin, 20. Jan.

In der heutigen Sitzung sprach Abg. Herald über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs. Der Steuerreform stimmte er zu. Er bedauerte das Ausschneiden des Reichsfinanzministeriums, der noch wichtige Aufgaben zu lösen gehabt hätte, besonders die Sparmaßnahmen durchzuführen. Die Steuerkraft des Volks müsse auf das Äußerste angespannt werden, denn ein Staatsbankrott würde von furchtbaren Folgen sein. Es liege noch kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die neuen Steuern die erwarteten Summen auch einbringen. Der Ernährungszustand erzeuge Bedenken. In dieser Beziehung könne man der Regierung nicht den Vorwurf erheben, daß sie mit ihren Maßnahmen immer zu spät komme. Wenn darin keine Aenderung eintrete, sei eine Katastrophe unvermeidlich. Wenn die Landwirtschaft die Unterstützung des Zentrums erwarte, müßte sie auch seinen Wünschen mehr als bisher entgegenkommen. Ein Uebergang zu den Rechtsparteien wäre verfehlt. Für das Zentrum bleibe es eine vaterländische Tat, daß es sich nach schwerem Wahlsieg gegen die Sozialdemokratie entschieden habe, mit dieser die Regierung zu bilden.

Wohlfahrtsminister Stegerwald berichtete über Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege. Einem großen Politikeres Interesse habe sich die Jugend verschrieben, die Jugend sei verwildert. Die künftige Sozialpolitik stehe vor zwei Aufgaben, dem Neubau unserer Volkserziehung und der Verwirklichung unserer Wirtschaft. Notwendig ist der baldige Ausbau des Schieds- und Schlichtungswesens, damit die gutgesinnten Elemente der Arbeiterschaft mit Nachdruck gegen wilde Streiks ankämpfen können. Auf dem Gebiet der Wohnungspolitik werde die Regierung ein klares Programm, bei ihr habe die letzte Jahre von einer freien Wirtschaft keine Rede sein können. Die Mittel für die Wohlfahrtspflege könne der Staat nicht allein aufbringen.

Abg. Ehrhardt sprach über das Räteystem. Die Betriebsräte seien eine unwesentliche Ergänzung der Gewerkschaften. Die Schwierigkeiten würden sich bei gutem Willen überwinden lassen. Am 1. Uhr begann die Erörterung über die drei Referate. Ein Vertreter der rheinischen Landwirtschaft beklagte sich über zu geringe Berücksichtigung der Landwirtschaft. In einer Entschließung forderte er möglichst rasche Neuwahlen zur Nationalversammlung. Ein anderer Redner führte über die zu geringe Berücksichtigung der Industrie Klage. In der weiteren Aussprache wechselten Vertreter der Landwirtschaft, die zahlreiche Klagen vorbrachten, mit den Arbeiterskredären, die besonders das Betriebsrätegesetz verteidigten.

Baden.

Karlsruhe, 21. Jan. Nach dem neuesten Verzeichnis der Abgeordneten des Bad. Landtags sind seit der Wahlen am 5. Januar 1919 bei der Besetzung der 107 Mandate 12 Veränderungen vorgekommen. Am meisten betroffen wurde davon die dem. Partei mit 6 Mandaten, an zweiter Stelle steht die soz. Partei mit 5 Mandaten. Im Zentrum und in der deutsch-natl. Volkspartei fand keine Mandatsniederlegung statt, dagegen verlor bei den Stimmenprüfungen das Zentrum zugunsten der Deutschen ein Mandat. Die Partystärke beträgt jetzt Zentrum 39 (gegen 40 nach den Wahlen), Sozialdemokraten 36 (36), Deutsche dem. Partei 25 (25), Deutsche nationale Volkspartei 7 (6).

Karlsruhe, 21. Jan. Für die Landeskonferenz hat der Bad. Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege eine Reihe von Leitfäden vorgelegt, in denen u. a. wöchentlich ein schul- und aufgabenreicher Halbtags für Leibesübungen in freier Luft, ferner wöchentlich drei Turnstunden für jede Klasse, eine Mindestzahl von Aenderungen, Schwimmunterricht, Wettkämpfe, Wettspiele, Ferienwanderungen und Ferienspiele gefordert werden. Ferner wird in den Leitfäden gewünscht, daß die Unterhaltung ausreichender Turnhallen und Spielplätze gesichert, gesichert, Wanderer, Schwimmen, Rudern, Kodeln und Schützschuhlaufen in jeder Hinsicht gefördert, auf allen Hochschulen die Leibesübungen gefördert, die Turnlehrerbildungsanstalten zu Landesturnanstalten ausgebaut und im Unterrichtsministerium eine aus Fachleuten besetzte Abteilung für Leibesübungen und Jugendpflege eingerichtet werde.

Karlsruhe, 21. Jan. Der 1. Lehrerverein Baden hat als Vorstandsmitglieder vom 1. Jan. gewählt: 1. Vor. Hauptlehrer Abg. Wiedenmann in Bruchsal, 2. Vor. Lehrerin Schmid in Heidelberg, Schriftführer: Hauptlehrer Geierhans in Bruchsal und Weiß in Heidelberg, Redner: Hauptlehrer Wohlhart in Hechingen, Beiräte: die Hauptlehrer Strobel in Karlsruhe und Armbruster in Raibach.

Mannheim, 21. Jan. Der Raubmord bei Reulshausen ist jetzt aufgeklärt. Einer, der als verdächtig verhaftet wurde, Leopold Oswald, hat ein Geständnis vor dem Untersuchungsrichter abgelegt. Darnach sind an der Ermordung des Fabrikarbeiters Martus die Brüder Leo-

vold und Josef Oswald und Friedrich Wegler, alle aus Wiesental, beteiligt. Den tödlichen Schuß hat Leopold Oswald abgegeben. Die Täter hatten Martus in eine Falle gelockt, um ihm eine größere Summe abzunehmen, wenn sie ihn geldlos hatten.

Vaierthal, 21. Jan. Nach dem „Bretener Tagbl.“ besteht die Absicht, in unserer Gemeinde den Bergbau wieder zu betreiben. Aus dem Gemeindehaushalt können wertvolle Zinkblenden gewonnen werden. Auch ein geringer Prozentsatz Silber soll sich in den Erzfassen befinden. Nach der gleichen Quelle sollen noch einige Hochöfen erstellt werden.

Heidelberg bei Bruchsal, 21. Jan. Die Demokratische Partei hat gegen das Ergebnis der Bürgermeisterwahl Einspruch erhoben.

Wertheim, 21. Jan. Wegen Dammrutschs muß der Bahnverkehr Wertheim-Miltenberg auf mehrere Tage eingestellt werden.

Württemberg.

Stuttgart, 21. Jan. (Vom Landtag.) Die Beschlüsse des Landtags werden nach dem 11. Februar angenommen. — Abg. Zernike (Soz.) ist in die Dienste des Reichsfinanzministeriums übergetreten. Er hat sein Landtagsmandat niedergelegt; sein Nachfolger ist Jakob Harder.

Stuttgart, 21. Jan. (Städtische und Ammuniationswerk.) Die Stadt Stuttgart beabsichtigt in Bälde ein großes Städtische- und Ammuniationswerk zu errichten.

Stuttgart, 21. Jan. (Die Kontrollkommission.) Am 21. Jan. wird ein Sonderzug von Mainz die Entsendungskontrollkommission nach Stuttgart und München bringen, und zwar nach Stuttgart 40 Offiziere, 64 Mann, 15 Tonnen G. 34, nach München 35 Offiziere, 59 Mann, 3 Kraftfahrzeuge und 14 Tonnen Gerd. Die Regierung beschäftigt, das ehemalige Gebäude der Generaldirektion der Verkehrsankalten in der Friedrichstraße für die Unterbringung freizumachen.

Stuttgart, 21. Jan. (Die Schraube ohne Ende.) Nach dem Vorrang in Reich und Staat sieht sich auch die Stadtverwaltung gezwungen, entsprechende Erhöhungen der Bezüge der hiesigen Beamten und Arbeiter vorzunehmen. Die Gehalts-Erhöhungen belaufen sich auf 30 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Arbeiter 12 bis 15 Mill. (Sie fordern eine Erhöhung der Löhne um 10 Mark im Tag. Als weitere Erhöhungen der Preise für Holz und sonstige Materialien, Steuer usw. hinzu. Zunächst ist mit einer erheblichen Erhöhung der Gas- und Strompreise zu rechnen.

Auch im Baugewerbe ist man an der Regelung der Feuerungszulagen. Seit 1. Januar wird eine Feuerungszulage von 60 Pfg. für die Stunde, die schon im letzten Jahr beschlossen wurde, als Abschlagszahlung auf eine zu vereinbarenden Gesamtfeuerungsanzahl gezahlt. Die Angestellten der Maschinenfabrik Göttingen erfordern die Regierung, die von den Angestelltenverbänden an die Arbeitgeber eingereichte Forderungen um Erhöhung der Einkommen zu unterstützen. Die Bezüge der Angestellten seien selbst nach einer 100prozentigen Lohnerhöhung im Vergleich zum Jahr 1914 nur um 375 Proz. gestiegen, während sich die Kosten für den Lebensunterhalt durchschnittlich um 550 Proz. gesteigert hätten.

Der Zustand der Elektromotoren hat sich auf das ganze Land ausgedehnt. Die Unternehmer haben der Arbeiterschaft gefordert.

Unterrißheim, 21. Jan. (Lohnbewegung.) Die Arbeiterschaft der Daimlerwerke zog am Montag nachmittag vor das Direktorsgebäude und verlangte Auszahlung einer Direktorsbeihilfe von 500 Mark auf den Kopf. Kommerzienrat Berge erklärte, daß die Firma nur im Einvernehmen mit dem Arbeitgeberverband die Forderungen bewilligen könne, stellte jedoch für Dienstag nachmittag einen Bescheid in Aussicht.

Fellbach, 21. Jan. (Die Grundstückspreise.) Bei den dieser Tage hier stattgefundenen Grundstücksversteigerungen wurde für einen 8 ar 23 qm großen Acker 20000 Mk., für eine 6 ar große Wiese 5450 Mk. und für ein zweistöckiges Wohnhaus mit 8 ar Garten 34500 Mark geboten.

Heilbronn, 21. Jan. (Lohnforderung.) Zu einer am Montagabend durch die verschiedenen Gewerkschaften einberufenen Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensmänner sämtlicher Betriebe von Heilbronn und Umgebung wurde beschlossen eine Lohnerhöhung von mindestens 100 Proz. zu fordern. Ueber neue Tarifverträge soll sofort verhandelt werden. Bisher wurde eine Abschlagszahlung von 50 Proz. zum bisherigen Wochenlohn mit sofortiger Wirkung gefordert.

Friedensthal, 21. Jan. (Leichenfund.) Bei einer Treibjagd fanden Jäger auf dem Kienberg abseits des vom Herzog Friedrich zum Palmensaal führenden Wegs die Leiche von Musiklehrer Neugebauer, der nach der üblichen Beisehung von Bädermeister Daab flüchtig gegangen war. Er hatte sich mit einer Pistole, die noch bei ihm gefunden wurde, einen Schuß in den Kopf beigebracht.

Alpirsbach, 21. Jan. (Das Kloster.) Das hiesige alte Klostergebäude wurde nicht mehr in das Verzeichnis der zu erhaltenden Denkmäler und Staatsaltersdenkmäler aufgenommen. Das Kloster wird wohl bald einem Neubau Platz machen müssen.

Sonndorf, 21. Jan. (Der Bod. als Gärtner.) Der frühere Schultheiß A. M. A. wurde von der Staatsanwaltschaft in Ulm wegen Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Kalen, 21. Jan. (Unglücksfall.) Als Dr. Pilling von hier in der Morgenfrühe von einem auswärtigen Krankenbesuch zurückkehrte, geriet sein Kraftwagen in den Röhren. Der Wagen überlief sich und begrub den Arzt unter sich, wobei dieser den Tod fand.

Wachbach, 21. Jan. (Lebensnude.) Ein 16jähriger junger Mann von hier wurde an dem Wäldchen an der Straße nach Hilsbach erschossen.

Obera mit Neuenbürg.

Bekanntmachung

der für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer zugelassenen Wahlvorschläge.

Die gemeinsame Landeswahlkommission für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer hat in ihrer Sitzung vom 15. ds. Mts. nachstehende

Wahlvorschläge

für gültig erklärt:

Wahlbezirk 4, umfassend die Oberamtsbezirke Badalger, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen u. Urach.

I. Für die Wahlen der Landwirte
a) **Wahlvorschlag des landwirtschaftl. Hauptverbands und des Schwäb. Bauernvereins.**

- 1) Hermann, Jakob, Landwirt in Hohenmähringen, OA. Horb;
- 2) Mangold, Paul, Landwirtschaftsinspektor, Oekonomierat in Reutlingen;
- 3) Reuß, Josef, Landwirt in Dürkheim, OA. Spaichingen;
- 4) Dingler, Wilhelm, Landwirt in Calw;
- 5) Ablung, Rudolf, Landwirt in Sindlingen, OA. Herrenberg;
- 6) Bannert, Josef, Landwirt in Bessendorf, OA. Oberndorf;
- 7) Schwörer, Johann, Schultheiß und Landwirt in Oberkettin, OA. Münsingen;
- 8) Lang, Hermann, Landwirt in Ralingen;
- 9) Braun, Gottlieb, Landwirt in Schopfloch, OA. Freudenstadt;
- 10) Hertorn, Karl, Landwirt in Rottweil;
- 11) Wegast, Wilhelm, Landw. in Kenzrichhausen, OA. Sulz;
- 12) Schlotterbeck, Jakob, Baumschulbesitzer in Behingen, OA. Reutlingen;
- 13) Saile, Max, Landwirt und Gemeinderat in Rottweil;
- 14) Dettling, Josef, Landw. in Oberthalheim, OA. Nagold;
- 15) Sigel, Ernst, Landwirt in Lichtenegg, OA. Oberndorf;
- 16) Braun, Borisaz, Hauptlehrer in Freitlingen, OA. Spaichingen;
- 17) Weiß, Erich, Landwirt in Ottenhausen, OA. Neuenbürg;
- 18) Oßertag, Jakob, Landwirt in Lonsingen, OA. Urach;
- 19) Böhler, Georg, alt. Landwirt in Nendingen, OA. Tuttlingen;
- 20) Braun, Karl, Landwirt in Weilheim, OA. Tübingen;

b) **Wahlvorschlag der Württ. Kleinbauern.**

- 1) Benz, Gottlob, Weingärtner und Gemeinderat in Reutlingen;
- 2) Hub, Friedrich, Landwirt und Gemeinderat in Fluorn, OA. Oberndorf;
- 3) Föhrer, Christian, Landwirt und Gemeinderat in Ohmenhausen, OA. Reutlingen;
- 4) Schmider, Johann, Georg, Landwirt in Alpirsbach, OA. Oberndorf;
- 5) Kullen, Jakob, z. Adler, Landwirt und Gemeinderat in Hälben, OA. Urach;
- 6) Pulmer, Ferdinand, Landwirt und Gemeinderat in Emmingen, OA. Nagold;

c) **Wahlvorschlag der Vereinigung der Fideikommissgemeinden in Württemberg.**

- 1) Reimauer, Konrad, Landwirt in Lautlingen, OA. Balingen;
- 2) Scheiter, Landwirt und Schultheiß in Odenwaldstein, OA. Münsingen;
- 3) Bronner, Peter, Landwirt und Gemeinderat in Leinfelden, OA. Sulz.

II. für die Wahlen der landwirtschaftlichen Arbeiter. Gemeinsamer Wahlvorschlag des Württ. Landesbauernrats, des Deutschen Landarbeitersverbands Gau Württemberg—Coblenzollern und des Zentralverbands der Forst-, Land- u. Weinbergarbeiter Deutschlands Gau Württemberg.

- 1) Hesterlein, Georg, Farnenwärter in Unterjettingen, OA. Herrenberg (Württemberg);
- 2) Duffner, Eduard, Oberstabsarzt der Heil- und Pflegeanstalt Rottweil bei Rottweil (Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter);
- 3) Arnold, David, Forstarbeiter in Tonbach, Gemeinde Vaiersthal, OA. Freudenstadt (Deutscher Landarbeiterverband);
- 4) König, Karl, Philipp Sohn, Holzhauer in Dobel, OA. Neuenbürg, (Deutscher Landarbeiterverband);
- 5) Dettlinger, Alfred, Landwirtschaftl. Arbeiter in Calw.

Bei der Abstimmung haben sich die Wähler für einen der vorstehenden als gültig erklärten Wahlvorschläge zu entscheiden. Personen, die auf keinem der im Wahlbezirk aufgestellten und für zulässig erklärten Wahlvorschläge stehen, können nicht gewählt werden; ihre Namen werden auf den Stimmzetteln gestrichen. Auch dürfen auf einem Stimmzettel nicht Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten sein. Dagegen ist es den Wählern gestattet innerhalb der zulässigen Gesamtstimmzahl den von ihnen gewählten Bewerbern durch Wiederholung der Namen oder Beifügung von Zahlzeichen bis zu 3 Stimmen zu geben.

Auf den Stimmzettel der Landwirte dürfen im III. Wahlbezirk nicht mehr als 12 Bewerber und auf den Stimmzetteln der landwirtschaftl. Arbeiter nicht mehr als 3 Bewerber enthalten sein. Enthält der Wahlvorschlag für den sich der Wähler entschieden hat, mehr Namen, so hat er diejenigen, die er auf seinen Stimmzettel setzen will, aus den im Wahlvorschlag enthaltenen Namen auszuwählen bzw. die Namen der Bewerber, die er nicht wählen will, auf dem Wahlvorschlag zu streichen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden angewiesen, vorstehende Wahlvorschläge unverzüglich in den Gemeinden ortsbekannt zu machen.

Neuenbürg, 19. Januar 1920.

J. B.: Rilling, Reg.-Aff.

Veröffentlicht

Waldad, den 21. Jan. 1920.

Verantwortl. Red.: Baehner.

Wildbad, 21. Jan. (Sitzung des Gemeinderats vom 13. Januar 1920. Fortsetzung.) Durch Verfügung der Landesbrennholzstelle vom 23. Dezember 1919 ist der Preis für Stockweichholz (ohne Aufbereitungskosten) für 1 Km. auf 8—14 Mk. festgesetzt worden. Bisher bezahlten die Stockholzhändler an die Stadtkasse 40 Pfg. für 1 Km., geschätzt im Boden, was unbedingt zu wenig war. Nach Äußerung des Forstamts Meisters wird durch das Stockholzmachen immer größerer Schaden im Walde angerichtet. Es empfiehlt deshalb, das Stockholzmachen im Stadtwald ganz einstellen zu lassen. Der Umstand, daß die städt. Holzhauser ihre Weiterarbeit beim Holzhausergeschäft davon abhängig machen, daß keine weiteren Genehmigungen zum Ausstoßen gegeben werden, spricht ebenfalls für Einstellung des Geschäftes. Es wird deshalb beschlossen, ab 1. Februar ds. Jz. das Stockholzmachen im Stadtwald ganz einzustellen und den Stockholzmachern aufzugeben, bis dahin ihr Stockholz aufzubereiten und den Wald zu räumen, ferner ein Drittel des Preises für das an die Stadtgemeinde abzuliefernde Stockholz bei der Stadtpflege insoweit zurückzuhalten, bis festgestellt ist, daß die Stockholzmacher den ihnen durch Beschluß vom 11. Sept. 1919 auferlegten Verpflichtungen bezgl. der Herrichtung der Wurzlöcher, Beseitigung der Beschädigungen an Kulturen, an Wegen u. s. w. nachgekommen sind. Nachdem den aus der Gesellschaft der städt. Holzhauser ausgeschiedenen 9 Holzhausern Wilh. Jakob Günther u. Gen. in Sprollenhäuserzufolge Weisung des Gemeinderats das Stockholzmachen im Stadtwald niedergelegt worden ist, bitten sie um Wiederzulassung zum Holzhausergeschäft im Stadtwald. Der Arbeiterausschuß der städt. Holzhauser lehnt aber die Wiederbeschäftigung der Leute entschieden ab, da sie am 17. Nov. 1919 bei einer Verhandlung auf dem Rathaus ihren Austritt aus der Holzhausergesellschaft ohne ersichtlichen Grund erklärt hätten. Demgemäß soll von einer Wiederbeschäftigung der 9 Holzhauser auf die Dauer von 1 Jahr abgesehen und das Verbot des Stockholzmachens für sie aufrecht erhalten werden. Auf ein Gesuch des Schuldieners der Wilhelmsschule Sirtz wird beschlossen, die Aufstellungskosten der Puhmittel und Reinigungsmaterialien für die Wilhelmsschule wie bisher zur Hälfte auf die Stadtkasse bis auf Weiteres zu übernehmen und die Pauschalvergütung für Stellung des Hilfspersonals, Mitwirkung seiner Angehörigen und Stellung des Puhmaterials des Sirtz mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an von 700 Mk. auf 900 Mk. zu erhöhen. Die Anschaffung von 10 Feuerwehrsäcken für die Feuerwehr in Sprollenhäuser mit einem Aufwand von 1532 Mk. wird genehmigt. Die Belohnung der Frau Katharine Rath hier für die Reinigung und Heizung des städtischen Lebensmittelamts wird mit Wirkung vom 1. Jan. 1920 an von 40 Mk. auf 50 Mk. monatlich erhöht. Als zweiter Mautwärtler wird Wilhelm Föder, Fabrikarbeiter hier aufgestellt und ihm eine Belohnung von 50 Pfg. für 1 Stück ausgesetzt. Den hiesigen Wagnern Feig Hammer und Wildbrett werden 50 eichene Stangen, 6 Fm. langes und 3 Fm. eichenes Stammholz zum Preise von 200 % des Revierpreises von 1919 aus den Stadtwaldungen unter der Voraussetzung abgegeben, daß sie der hiesigen Einwohnerschaft für kleinere Wagnerarbeiten keine übertriebenen Preise machen. — Die Stadtpflege wird angewiesen, bei dem Bezug von Puhmaterial, Kanzenbedarfsartikeln u. s. w. unter den hiesigen Kaufleuten alljährlich abzuwechseln. Anlässlich eines Gesuchs des Totengräbers

Gottlob Kieginger und Leichenbesorger Johann Rapp um Erhöhung ihrer Gebührensätze werden die Gebührensätze der Begräbnisordnung mit sofortiger Wirkung neu festgesetzt. Es betragen u. A. künftig: die Gebühr des Totengräbers für das Grab eines Erwachsenen 16 Mk., für das Grab eines Kindes 8 Mk., für das Dekorieren eines Grabes 10 Mk., die Gebühr der Leichenträger bei Erwachsenen je 5 Mk., die Gebühr des Leichenbesorger und der Leichenbesorgerin bei Leichen von Erwachsenen 15 Mk., bei Kindern 6 Mk. — Es werden noch verschiedene Verwaltungsangelegenheiten erledigt.

Wildbad, 21. Jan. (Aus der Gemeinderatsitzung vom 20. Jan. 1920). Anwesend: Stadtschultheiß Böhner und 15 Gemeinderäte. Die vom Kommunalverband für Minderbemittelte demnächst zur Verteilung gelangenden Schuhwaren sollen auf dem städt. Lebensmittelamt unter Beiziehung der Schuhmacher ausgegeben werden. Den Schuhmachern wird hierfür eine Belohnung von 2 Mk. für 1 Paar ausgesetzt. — In dem Zwangsenteignungsverfahren der hiesigen Stadtgemeinde gegen die Sanitätsrat Depontschen Erben wegen Herstellung der Bäckereistraße kam bei der am 30. Juli 1919 stattgehabten von Regierungsassessor Milling als Kommissär geleiteten Verhandlung ein Vergleich zu Stande, der vom Gemeinderat genehmigt wird. — Die hiesige unabhängige sozialdemokratische Partei stellt durch Schreiben vom 2. Januar 1920 den Antrag, ab 1. Febr. d. J. in allen hiesigen Volksschulen sämtliche Lernmittel durch die Gemeinde unentgeltlich zu beschaffen. Da schon für die nächsten Wochen ein Würt. Notenschulgesetz zu erwarten ist, das voraussichtlich auch Bestimmungen über die Beschaffung der Lehr- und Lernmittel aus öffentlichen Mitteln enthalten wird, erscheint es zweckmäßig, die Entscheidung in dieser Frage, die schon seit längerer Zeit Gegenstand der Erörterung zwischen den Vorstehenden des Gemeinderats und des Ortschulrats war, noch um einige Wochen zu verschieben. Der Gemeinderat beschließt dementsprechend. — Infolge einer Eingabe des Brunnenmeisters Lippis wird beschlossen, die Belohnung desselben für seine Tätigkeit als Brunnenmeister mit Wirkung vom 1. Jan. 1920 an nach seinem tatsächlichen Arbeits- und Zeitaufwand auf Grund der Tariffähigkeit der Schlosserverbandsliste zunächst für das Rechnungsjahr 1920/21 verfolgen zu lassen, so daß von obigem Zeitpunkt seine jährliche Belohnung von 450 Mk. in Wegfall kommt. — Das Gesuch der hiesigen Bäckermeister um Unterlassung der Mehlmischung und ungemischte Lieferung des Mehls wird abgelehnt, da die Aufhebung der Mehlmischung eine zu große Mischmutter bei den Verbrauchern hervorrufen würde. — Das Stadtbauamt legt die Kostenvorschläge der Maschinenfabrik Göttingen über die Herstellung einer elektrischen Leitung zur Parzelle Windhof und Ziegelei mit einer Voranschlagssumme von 128 305 Mk. und über Herstellung eines Retortenbaus in den Bieker-Netorten-Ofen der Gasfabrik vom Gas- und Wasserleitungsgeschäft in Stuttgart mit einer Voranschlagssumme von 11920 Mk. vor. Die Baukommission wird mit der Prüfung der Vorschläge und Stellung geeigneter Anträge beauftragt. — Eine Firma aus Forstheim beabsichtigt hier eine Filiale ihrer Bijouteriefabrik zu errichten, in der sie 200—300 Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschäftigen im Stande ist. Voraussetzung der Niederlassung ist aber, daß die städtische Zigarrenfabrik käuflich oder pachtweise überlassen wird, und daß sich die nötige Zahl Arbeitskräfte findet. Auf einen Anruf des

Stadtschultheißenamts haben sich binnen 2 Tagen 71 Arbeiter gemeldet, so daß an der Beschaffung der nötigen Arbeiterzahl nicht mehr zu zweifeln ist. Der Vorsitzende wird ermächtigt, mit der Firma Fr. Speidel behufs Zustandekommen der Niederlassung weiter zu verhandeln. — Nachdem die Staatsbeförderung der hiesigen Stadtwaldungen auf 1. April 1920 gekündigt worden ist, ist die rechtzeitige Bestellung eines Sachverständigen ins Auge zu fassen. Die bestellte Kommission wird mit der Vorbereitung der erforderlichen Beschlüsse, Entwurf eines Dienstvertrags, Erlassung des Bewerberauftrags u. s. w. beauftragt. — Dem jr. Jt. hier befindlichen schätzlichen Flüchtling Forstmeister Müller, welcher sich um die Stadtschultheißenstelle bereits beworben hat, soll in der nächsten Sitzung des Gemeinderats Gelegenheit gegeben werden, sich dem Gemeinderat vorzustellen. Ferner wird beschlossen, Herrn Professor Wagner in Tübingen um ein Gutachten über die künftige Bewirtschaftung der Stadtwaldungen auf Grund einer vorausgegangenen Besichtigung zu bitten. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Direktors Göttinger der höheren Reformlehranstalt hier, in welchem dieser mitteilt, daß er infolge der jetzigen ungünstigen Verhältnisse gezwungen sei, entgegen der Bestimmung des § 6 des mit der Stadt abgeschlossenen Vertrags mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an von den hiesigen Schülern und Schülerinnen das volle Schulgeld (statt $\frac{2}{3}$) zu erheben. Es wird beschlossen, die Erhebung des vollen Schulgelds von den hiesigen Schülern in stets widerwilliger Weise und insoweit die jetzige außergewöhnliche Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel anhält, zu gestatten; sobald aber eine Besserung in letzterer Hinsicht eintritt, auf Einhaltung der eingegangenen Vertragsbestimmungen zu bestehen. — Infolge Sturmes der letzten Tage zerstörte einige vom angrenzenden Stadtwald herabstürzende Bäume die Waldtrockenanlage des Direktors Göttinger. Er bittet um Wiederherstellung derselben oder um Überlassung des angefallenen Holzes zu einem ermäßigten Preis. Es wird beschlossen, von dem durch Windfall auf dem Grundstück des Göttinger angefallenen und dort aufbereiteten eichenen Pflanzeln, soweit es sich nicht um für Käfer geeignetes Spaltholz handelt, 10 Km. ohne öffentlichen Auftrieb zum Preise von 20 Mark pro Km. an Göttinger abzugeben. Das für Käfer geeignete Spaltholz wird an diese verabfolgt und der Rest an hiesige Versorgungsberechtigten, beides zum gleichen Preis. Die Gemeinderäte W. Eitel und Großmann erheben gegen die Abgabe des Holzes an Göttinger Einspruch. G. R. W. Eitel wirft dem Vorsitzenden wegen Verletzung des Göttinger Gesuches um Überlassung des Holzes Eigeninteresse vor, was zu erregten Auseinandersetzungen führt. — Infolge eines Gesuchs der Käfermeister wird beschlossen, das Forstamt Meisters zu ersuchen, etwa anfallendes Eichenpflanzholz bis zu je 2 Km. den hiesigen Käfermeistern um 200% des Revierpreises zu überlassen. An die Überlassung des Spaltholzes wird die Voraussetzung geknüpft, daß die Käfer den hiesigen Einwohnern für Jagdparaturen keine übertriebenen Preise machen. — Dem Gesuch des Robert Voigt und Heroffen um Verlängerung der Gebrauchsbau zum Stockholzmachen bis Ende Februar hat nicht entsprochen werden können, da die Schädigungen im Walde zu groß sind und da die städt. Holzhauser auf eine baldige Einstellung der Stockholzmachung im Stadtwald dringen. — Es folgen noch Verwaltungs- sachen und kleinere Gegenstände.

Marmelade.

Auf Lebensmittelmarke 20 wird Marmelade abgegeben. Abendschlus Samstag Abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt: Kappelmann. Arbeiterrat: Schäfer.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Familienunterstützungen an die Bezugsberechtigten findet am
Samstag, den 24. Januar 1920
vorm. 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr statt.
Wildbad, 23. Januar 1920. Stadtpflege.

Extra-Angebot in Cigaretten

aus Heeresbeständen zugestellte Cigaretten werden zu den vorgeschriebenen Preisen und sortiert zu 12 Pfg., 15 Pfg. und 20 Pfg. mit u. ohne Hohlmundstück.
30 Stück Mk. 4.10 verkauft
Vorrat beschränkt!

Ferner empfehlen wir:
rein orientalische Cigaretten
— ohne Mundstück —
zu 23 Pfg., 25 Pfg., 30 Pfg. u. 35 Pfg.
Cigarren zu 70 Pfg., 80 Pfg., 85 Pfg., Mk. 1.—, Mk. 1.50, Mk. 2.20 u. s. w.
Cigarillos zu 30 Pfg., 42 Pfg., 45 Pfg. u. 65 Pfg.

Prima Grobschnitt 100 Gramm Mk. 4.50
Mary-Land-Tabak 100 gr Paket Mk. 5.35
Chr. Schmid & Sohn
Tabakwarengrosshandlung
König-Karlstr. 68.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns Verwandte, Freunde und Bekannte, insbesondere unsere werten Schulkameraden und Schulkameradinnen, anlässlich unserer am Samstag, den 24. Januar stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur Älten Lindle freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Hermann Großmann
Sophie Bausert.

Kirchgang $\frac{1}{2}$ 1 Uhr von der Eintracht aus.

Eierprüfer und Geschlechtsanzeiger Kikriki

Unentbehrlich in jedem Haushalt, da befruchtete Eier sich länger aufbewahren lassen.
Für **Geschlechtszüchter!** Stellt mit Sicherheit fest, ob das Ei weiblich oder männlich befruchtet ist.
Auch für **Schüler** ist der Apparat sehr interessant, da sich mit dessen Hilfe bei Schmetterlingen, Käupen, Käfern etc. das Geschlecht feststellen läßt.
Jedermann kann mit diesem billigen Apparat feststellen, ob Ledertaschen, Portemonnaie, Handschuhe, wollene Sachen, Herrnhöfchen, Mädeln etc. von weiblichen oder männlichen Tieren herkommen. — **Wissenschaftl. Unterhaltung. Unentgeltliche Vorführung.**
Alleinige Vertretung für den Oberamtbezirk Neuenbürg:
Fritz Kappelmann, Elektrotechniker Wildbad
Verkauf: Witwe Schill, Löwenbergstr.

Hamburg, Nord- und Südamerika-Linie.

Vertreter für Wildbad:
Chr. Schmid & Sohn Wildbad.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige Holzarbeiter

für Lager bei guter Bezahlung.
Hänn & Cie., Holzhandlung, Wildbad.

Eine Partie große Kisten

mit Eisenreifen werden zum Selbstkostenpreis abgegeben bei
Chr. Schmid u. Sohn Wildbad.

Schwarzladledernes Portemonnaie

mit Inhalt von Rathausgasse bis Rathaus verloren. Gegen gute Belohnung auf dem Fundbüro abzugeben.

Ein transportabler Hühnerstall mit Hütte

und ein Hähnchenstall sowie 150 m

Drachtgestichte

hat abzugeben
E. Reinhardt.

LIEDERKRANZ

Wildbad.
Samstag, den 24. Jan.
Probe
im Lokal. Vollständiges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Württ. Bürgerpartei Ortsgruppe Wildbad.

Frauengruppe
Sonntag, 25. Januar, nachm. 3 Uhr Windhof.

3—4 Waggou Stockholz

tauft noch
Karl Rath.

Gute Milchziege

Ausgangs März zum zweitenmal lammend zu verkaufen.
Fr. Kappler,
Reimbachstr. 259.

Großer Posten amerik. **Arme-Woll-Tuchdecken** für best. solide dauerhafte Herren, Damen, u. Kinderkleidung, Fisch- und Bettdecken geeignet, Größe ca. 170/210 m. nur einzelnen Fehlstellen. Preis, Feldfarbe (Katt) Mk. 1.0.— gefärbt in schwarz, blau, grün, braun, rot, lila usw. Mk. 1.35.— franko Nachnahme solange Vorrat. Sehr günstiges Angebot für Schneider u. Schneiderinnen. **J. Thiele, Röll, Bayardgasse 2.**

Witzkarten liefert schnell
Verlagsdruckerei.

